

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

1/2010

**Automobilstädte weisen besonders hohe
Arbeitnehmereinkommen auf**

**Wie die Stuttgarter ihren Gesundheitszustand
einschätzen**

2000 bis 2009 wärmstes Jahrzehnt

Kultur- und Kreativwirtschaft in Stuttgart

Statistisches Jahrbuch 2008/2009 erschienen

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen



**Statistik und
Informationsmanagement
Monatsheft 1/2010
69. Jahrgang**

Aktuelle Grafik:	
2000 bis 2009 wärmstes Jahrzehnt	3
Kurzinformationen:	
Kultur- und Kreativwirtschaft in Stuttgart	4
Statistisches Jahrbuch 2008/2009 erschienen	4
Hauptbeiträge:	
Automobilstädte weisen besonders hohe Arbeitnehmereinkommen auf	5
Wie die Stuttgarter ihren Gesundheitszustand einschätzen	13
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite

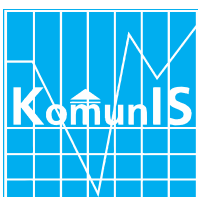
Impressum:

Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 1/2010

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 16-34 40, Telefax (07 11) 2 16-39 00
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
komunis@stuttgart.de
Internet: www.stuttgart.de
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



2000 bis 2009 wärmstes Jahrzehnt

Matthias Strauß

Das vergangene Jahrzehnt war weltweit das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. So berichtete die UN-Weltwetterorganisation WMO auf dem Klimagipfel in Kopenhagen basierend auf vorläufigen Zahlen. Seit den 1980er-Jahren sind die Durchschnittstemperaturen kontinuierlich gestiegen, das Jahr 2009 ist wahrscheinlich das fünftwärmste Jahr seit 1850. Alle Kontinente außer Nordamerika wiesen überdurchschnittliche Temperaturwerte auf.

Auch in Stuttgart ist dieser Trend bei den Mitteltemperaturen zu erkennen. Pendelte in den 1950er- bis 1980er-Jahren die Durchschnittstemperatur um 10 °C, stieg sie in den folgenden beiden Jahrzehnten bis auf 10,8 °C an (vgl. Abbildung 1). Die durchschnittliche Zahl der Sommertage mit einer Maximaltemperatur von mehr als 25 °C hat sich von 42 Tagen in den 1950er-Jahren auf 53 in der vergangenen Dekade erhöht. Leicht gesunken ist im gleichen Zeitraum die Zahl der Frosttage mit Mindesttemperaturen unter 0 °C von 69 auf 63 Tage.

Schon an der Schwelle zum neuen Jahrtausend zeigten sich die Folgen

der globalen Klimaentwicklung. Im Dezember 1999 fegte Orkan „Lothar“ über Stuttgart hinweg und hinterließ eine Schneise der Verwüstung. Darauf folgte das Jahr 2000, mit 11,5 °C im Mittel das wärmste Jahr seit 1792. In der Summe zwar weniger warm, aber durch den „Supersommer“ viel stärker in Erinnerung geblieben ist das Jahr 2003. 2247 Sonnenscheinstunden (fast 500 Stunden mehr als im Jahr 2000) wurden insgesamt gezählt bei nur 490 l/m² Niederschlag statt der durchschnittlichen 664 l/m². So einen heißen Sommer gab es seit über 200 Jahren nicht.

2005 war das kälteste Jahr im letzten Jahrzehnt. Die Mitteltemperatur von 10,3 °C lag dennoch 0,7 °C über dem langjährigen Durchschnitt. Den mit + 0,1 °C kältesten Winter erlebte Stuttgart von Dezember 2005 bis Februar 2006. So zeigte im Januar 2006 das Thermometer durchschnittlich - 1,6 °C an. Der mit + 5,4 °C wärmste Winter folgte nur ein Jahr später.

Die meisten Niederschläge der vergangenen Dekade fielen im Jahr 2002, dessen Monate Mai, August und November zu den feuchtesten

des Jahrzehnts gehörten. Absoluter Spitzenreiter war der Juli 2009 mit 161 l/m², gefolgt vom Mai desselben Jahres (139 l/m²). Die niedrigste Niederschlagssumme seit 1792 erreichte der April 2007, der gerade mal 0,2 l/m² Regen für sich verbuchen konnte.

Eindrucksvoll zeigte sich das vergangene Jahr bei der Entwicklung der Niederschläge. Kurze, heiße Phasen wurden durch Starkregenereignisse mit Hagel und Sturmböen abgelöst. Im Mai zählte man 13 statt der üblichen fünf Gewittertage. Im Juli fiel auf dem Stuttgarter Schnarrenberg an zwei Tagen so viel Regen wie normalerweise im ganzen Monat. Insgesamt weist die Statistik für 2009 nach sieben Jahren endlich wieder eine überdurchschnittliche Niederschlagsmenge von 790 l/m² aus. Auch die Jahresmitteltemperatur (10,6 °C) lag 2009 mit 1,1 °C höher als das langjährige Mittel. Besonders warm waren die Monate April (13,1 °C) und November (8,3 °C) (vgl. Abbildung 2). Seit 13 Jahren liegen nun schon in Folge die Jahresmitteltemperaturen über dem langjährigen Mittel von 9,5 °C.

3

Abbildung 1: Mitteltemperatur sowie durchschnittliche Anzahl der Frost- und Sommertage in Stuttgart seit 1950

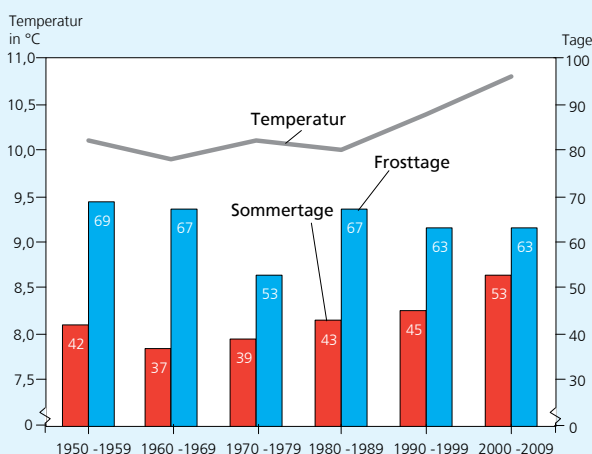
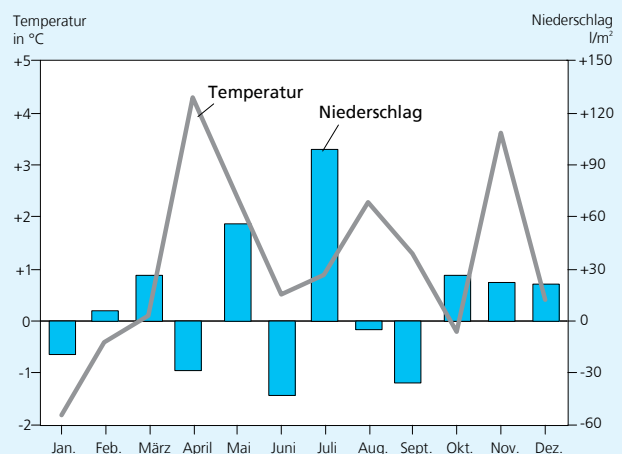


Abbildung 2: Abweichung der monatlichen Mitteltemperatur und Niederschlagssumme vom langjährigen Monatsmittel¹ in Stuttgart 2009



¹ Berechnungszeitraum von 1961 bis 1990; Jahresdurchschnitt: 9,5 °C, 664 l/m².

Quelle: Wetteramt Stuttgart (bis 1983), Deutscher Wetterdienst (ab 1984)

----- Kurzinformation -----

Kultur- und Kreativwirtschaft in Stuttgart

Nadja Wittmann

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat Ende 2009 eine Broschüre „Informations- und Kreativwirtschaft in Baden-Württemberg“ herausgebracht. In einer anlässlich des „Creativity World Forum 2009“ veröffentlichten Pressemeldung dazu geht hervor, dass 28 300 Erwerbstätige (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und selbstständige Unternehmer) in der Kultur- und Kreativwirtschaft Stuttgarts im Jahr 2007 beschäftigt waren. Diese setzt sich aus den Teilmärkten Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Markt der darstellenden Künste, Designwirtschaft, Architekturmarkt, Pressemarkt, Werbemarkt und Softwarehäuser zusammen.



Beschäftigungsimpulse gingen auf Landesebene in den letzten Jahren vor allem vom Bereich der Softwarehäuser und IT-Dienstleister aus. Dagegen waren in den Teilmärkten Architektur-, Buch-, Presse-, Werbemarkt sowie Filmwirtschaft deutliche Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen – also in Sparten, in denen

Stuttgart ein relativ hohes Branchengewicht aufweist.

Laut der Modellrechnung von 2007 des Statistischen Landesamtes waren in Stuttgart im Vergleich zu allen anderen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg die meisten Personen im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft tätig. Bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen allerdings steht Stuttgart mit 7,7 Prozent auf dem vierten Platz hinter Baden-Baden (13,8 %), dem Rhein-Neckar-Kreis (11,1 %) und Karlsruhe (7,8 %).

In einer Sonderauswertung für die Stadt Stuttgart ergab sich für 2006 folgendes Bild: Die meisten Beschäftigten der Kreativwirtschaft sind im „Verlagswesen“ (4284) tätig, dicht gefolgt von dem Bereich „Verlegen von Büchern und Zeitschriften“ (4238). Auf Rang drei folgen die IT-Dienstleister mit Programmierungstätigkeiten (3883). Diese drei Bereiche stellen mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in Stuttgarter Betrieben der Kultur- und Kreativwirtschaft. Mit stark 1000 Betrieben stellen Architekturbüros die größte Zahl an Betrieben in der Kreativwirtschaft. Jedoch arbeiten in dieser Branche pro Betrieb nur durchschnittlich 2,3 Beschäftigte gegenüber zum Beispiel fast 20 pro Betrieb im Verlagswesen.

----- Kurzinformation -----

Statistisches Jahrbuch 2008/2009 erschienen

Nadja Wittmann

Turnusgemäß zum Jahresbeginn 2010 ist das Statistische Jahrbuch, herausgegeben vom Statistischen Amt im 59. Jahrgang, erschienen. Es liefert eine Vielzahl wichtiger und interessanter Daten zur Landeshauptstadt Stuttgart. Die knapp 50 000 Zahlen beziehungsweise 300 Tabellen sind in 15 Kapitel übersichtlich gegliedert und werden im handlichen A5-Format präsentiert. Zusätzlich werden wichtige Sachverhalte in rund 100 Grafiken dargestellt.

Die Anordnung und die Inhalte der einzelnen Kapitel sind nach einer einheitlichen Struktur gestaltet. Besonders interessante Entwicklungen werden zu Beginn des jeweiligen Kapitels mittels einer Grafik illustriert und kurz erklärt. Definitionen und Kurzbeschreibungen jedes Kapitels runden das Informationsangebot ab.

Des Weiteren finden sich im Statistischen Jahrbuch die Chronik der wichtigsten Ereignisse in Stuttgart 2007/2008 sowie zwei Vierfarbkarten zur Topografie und zur Gliederung des Stadtgebiets von Stuttgart.



Werner Münzenmaier¹

Automobilstädte weisen besonders hohe Arbeitnehmerinkommen auf

Starke Ausrichtung auf Automobilproduktion in 19 Stadt- und Landkreisen, ...

Im Monatsheft 10/2009 dieser Schriftenreihe wurden die Stadt- und Landkreise identifiziert, die besonders stark auf die Automobilproduktion ausgerichtet sind. Danach waren zum Bezugsjahr 2006 in insgesamt 19 Kreisen Deutschlands mehr als zehn Prozent der dort sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Automobilproduktion tätig.

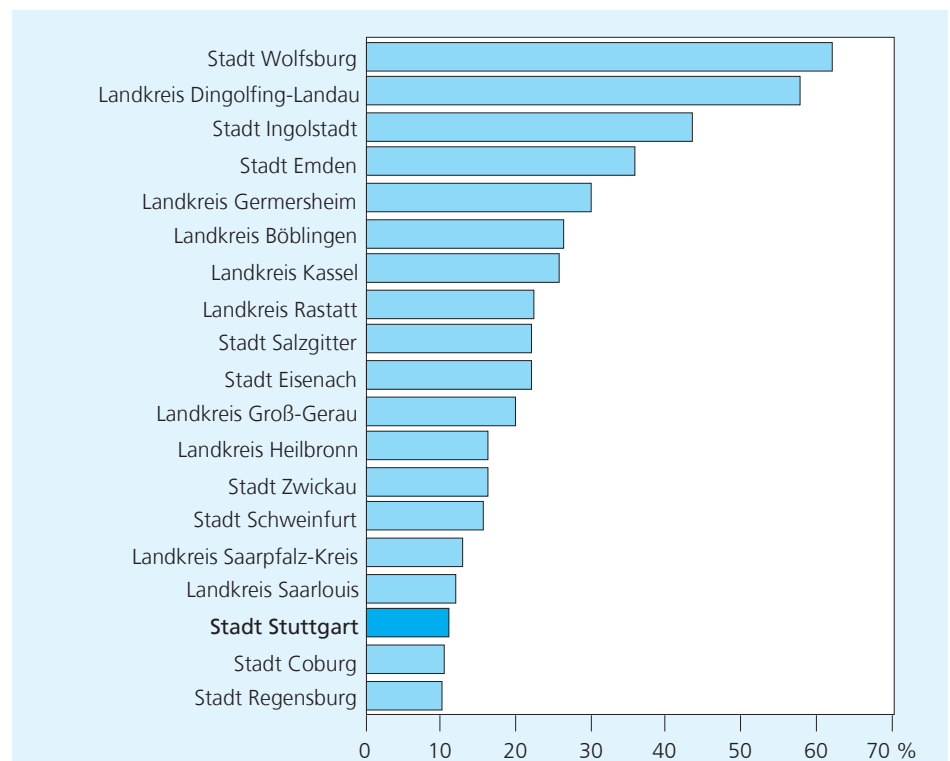
Die typischen Automobilstädte und -kreise

... besonders in Wolfsburg, Kreis Dingolfing-Landau, Ingolstadt und Emden

Wie Abbildung 1 zeigt, ist das Gefälle der Automobilausrichtung unter diesen Kreisen allerdings recht groß. So beträgt der Anteil der Beschäftigten in der Automobilherstellung in der Stadt Wolfsburg und im niederbayerischen Landkreis Dingolfing-Landau ungefähr drei Fünftel und in den Städten Ingolstadt und Emden mehr als zwei Fünftel beziehungsweise mehr als ein Drittel. Zwischen einem Viertel und drei Zehntel erreicht der entsprechende Anteil im rheinland-pfälzischen Landkreis Germersheim mit der Stadt Würth, im württembergischen Landkreis Böblingen mit der Stadt Sindelfingen und im hessischen Landkreis Kassel. In einer Spanne

5

Abbildung 1: Anteil der in der Automobilproduktion Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in ausgewählten Stadt- und Landkreisen¹



¹ Anteil der im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Stadt- und Landkreisen mit einem entsprechenden Anteil von mehr als 10 % im Juni 2006; Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Stuttgart ist einwohnerstärkste Automobilstadt Deutschlands

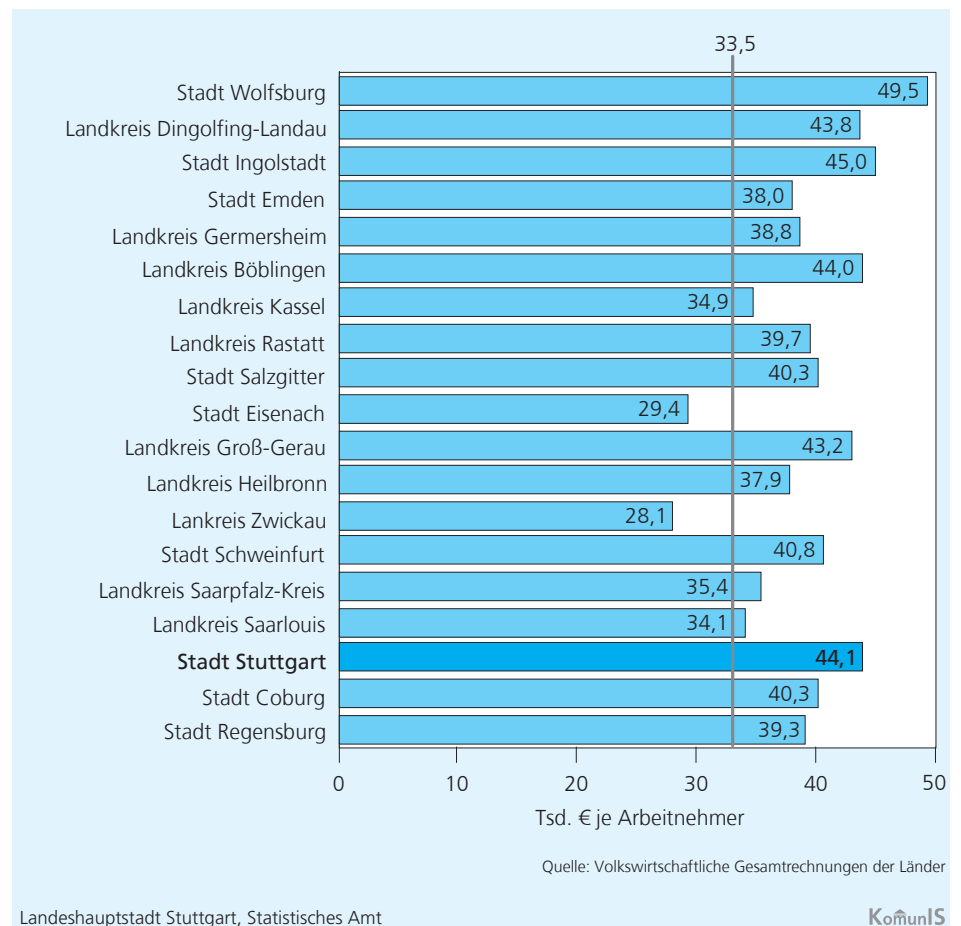
von knapp ein Fünftel bis knapp ein Viertel liegt die Quote im badischen Landkreis Rastatt, in den Städten Salzgitter und Eisenach sowie im hessischen Landkreis Groß-Gerau mit der Opel-Stadt Rüsselsheim. Dahinter folgen bereits der Landkreis Heilbronn mit der Audi-Stadt Neckarsulm sowie die Städte Zwickau und Schweinfurt. Die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart kann – als einwohnermäßig deutlich größte Stadt der hier aufgeführten Stadt- und Landkreise – immerhin etwa ein Neuntel beim Anteil der Automobilherstellung aufweisen.

Arbeitnehmereinkommen in den Automobilstädten und -kreisen

Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt in Automobilherstellung fast doppelt so hoch wie in Gesamtwirtschaft

In Betrieben der Automobilherstellung werden bekanntlich besonders hohe Löhne und Gehälter gezahlt. Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamts belief sich 2007 das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche auf 33 460 € je Arbeitnehmer (AN). Im Wirtschaftsbereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen betrug dieser Einkommensindikator dagegen 64 960 € je AN, das ist ein um 94 Prozent größerer und damit fast doppelt so hoher Wert².

Abbildung 2: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Stadt- und Landkreisen mit besonders hoher Bedeutung der Automobilproduktion 2007



Wie wirkt sich dies auf die Einkommen in Automobilregionen aus?

In der vorliegenden Studie wird untersucht, in welchem Ausmaß sich hohe Löhne und Gehälter in der Automobilherstellung im gesamten Einkommensniveau der entsprechenden Stadt- und Landkreise niederschlagen. Hierzu sind in Abbildung 2 die vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ermittelten Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer für die in Abbildung 1 aufgeführten „Automobilkreise“ zum Jahr 2007 zusammengestellt, wobei die Reihenfolge gemäß Abbildung 1 beibehalten wird³.

In Wolfsburg werden die höchsten Beschäftigteneinkommen erzielt

Nach Chemiestadt Ludwigshafen folgt bereits Ingolstadt

Nach Erlangen kommen dann schon die württembergischen Kreise Stuttgart und Böblingen

Arbeitnehmerentgelt im Kreis Groß-Gerau bzw. Städten Schweinfurt, Coburg und Salzgitter noch über 40 000 €, ...

... in den Städten Regensburg und Emden sowie den Landkreisen Rastatt, Gernersheim und Heilbronn leicht darunter

Unter dem Bundesdurchschnitt liegt das Arbeitnehmerentgelt lediglich in den ostdeutschen Automobilstädten

Einkommenslage im Vergleich zum geografischen Umfeld ...

Wie stark die hohen Löhne und Gehälter der Automobilproduktion auf das dort gezahlte Arbeitnehmerentkommen durchschlagen, lässt sich bereits daraus ersehen, dass Wolfsburg als die Automobilstadt Deutschlands 2007 mit 49 490 € je AN unter allen Stadt- und Landkreisen den höchsten Wert bei diesem Einkommensindikator aufgewiesen hat. Hinter Ludwigshafen am Rhein (47 430 € je AN) als weitere, in diesem Falle durch die chemische Industrie geprägte Industriestadt, folgt dann schon Ingolstadt mit 44 990 € je AN und damit der Kreis mit dem dritthöchsten beziehungsweise die Stadt mit dem zweithöchsten Anteil der Automobilbeschäftigten. Auch der Landkreis Dingolfing-Landau, also der Kreis mit der zweithöchsten Automobilbeschäftigtenquote, erreichte 2007 mit 43 770 € je AN ein sehr hohes Einkommensniveau, was um so bemerkenswerter ist, als sich dieser niederbayerische Landkreis in einem ansonsten eher einkommensschwachen geografischen Umfeld befindet.

Unter den hier aufgeführten Kreisen erlangten 2007 die Stadt Stuttgart und der Landkreis Böblingen mit 44 140 beziehungsweise 43 980 € je AN sogar noch leicht höhere Einkommen, obwohl diese beiden baden-württembergischen Kreise niedrigere Automobilproduktionsquoten aufweisen als der Landkreis Dingolfing-Landau; allerdings ist das Einkommensniveau in der Region Stuttgart generell deutlich höher als in Niederbayern. Im Übrigen wurde 2007 das Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt der beiden baden-württembergischen Kreise – außer durch die bereits erwähnten Städte Wolfsburg, Ingolstadt und Ludwigshafen – nur durch die Stadt Erlangen (44 940 € je AN) übertroffen, die durch sehr innovative Betriebsstätten der Elektronik, des Maschinenbaus sowie der Informations- und Medizintechnik geprägt ist.

Ein Arbeitnehmerentgelt von über 40 000 € je AN hatten 2007 außerdem der Landkreis Groß-Gerau mit der Opel-Stadt Rüsselsheim (43 190 € je AN) und einem auch ansonsten relativ einkommensstarken Umfeld in Südhessen aufzuweisen, außerdem die Städte Schweinfurt (40 810 € je AN), Coburg (40 250 € je AN) und Salzgitter (40 290 € je AN).

Knapp unter 40 000 € je AN blieben 2007 der Landkreis Rastatt (39 690 € je AN), die Stadt Regensburg (39 290 € je AN), der Landkreis Gernersheim (38 790 € je AN), die Stadt Emden (38 030 € je AN) und auch der Landkreis Heilbronn (37 890 € je AN).

Um 35 000 € je AN und damit noch über dem Bundesdurchschnitt in Höhe von 33 510 € je AN lag 2007 das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer außerdem noch im nordhessischen Landkreis Kassel (34 890 € je AN), also in einem eher einkommensschwachen Teil Hessens, sowie in den beiden saarländischen Landkreisen Saarpfalz-Kreis (35 390 € je AN) und Saarlouis (34 050 € je AN).

Bereits unter dem Bundesdurchschnitt blieben 2007 die beiden Automobilregionen in den neuen Ländern, nämlich die thüringische Stadt Eisenach (29 410 € je AN) sowie der sächsische Landkreis Zwickau (28 050 € je AN).

Die Automobilstädte und -kreise in ihrem geografischen Umfeld

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass nicht nur das Gewicht der Automobilproduktion, sondern auch das sozio-ökonomische Umfeld für die Unterschiede im Einkommensniveau eine Rolle spielt.

Informationen hierzu sind aus Tabelle 1 ersichtlich. Dort ist das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer der 19 Kreise mit einem besonders hohen Beschäftigtenanteil in der Automobilproduktion für die Jahre 1996 und 2007 aufgenommen und den entsprechenden Daten des zugehörigen Landes beziehungsweise – soweit vorhanden – des zugehörigen Regierungsbezirks gegenübergestellt⁴. Die Reihenfolge der jeweiligen Länder beziehungsweise – innerhalb der Länder – der Bezirke orientiert sich an der Höhe des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer im jeweils einkommensstärksten Kreis mit starker Automobilausrichtung.

Tabelle 1: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Stadt- und Landkreisen mit besonders hoher Bedeutung der Automobilproduktion

Gebietseinheit	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer		Veränderung 2007/1996
	1996	2007	
	€ je Arbeitnehmer		%
Niedersachsen	29 162	32 038	+ 9,9
<i>Region Braunschweig</i>	31 909	35 333	+ 10,7
Stadt Wolfsburg	45 355	49 492	+ 9,1
Stadt Salzgitter	35 987	40 289	+ 12,0
<i>Region Weser-Ems</i>	27 712	30 182	+ 8,9
Stadt Emden	35 005	38 026	+ 8,6
Bayern	30 432	35 170	+ 15,6
<i>Regierungsbezirk Oberbayern</i>	32 412	37 687	+ 16,3
Stadt Ingolstadt	35 115	44 991	+ 28,1
<i>Regierungsbezirk Niederbayern</i>	28 443	32 578	+ 14,5
Landkreis Dingolfing-Landau	35 279	43 770	+ 24,1
<i>Regierungsbezirk Unterfranken</i>	28 884	33 265	+ 15,2
Stadt Schweinfurt	32 537	40 805	+ 25,4
<i>Regierungsbezirk Oberfranken</i>	28 452	32 842	+ 15,4
Stadt Coburg	31 615	40 253	+ 27,3
<i>Regierungsbezirk Oberpfalz</i>	28 222	33 825	+ 19,9
Stadt Regensburg	31 073	39 293	+ 26,5
Baden-Württemberg	31 720	36 549	+ 15,2
<i>Regierungsbezirk Stuttgart</i>	33 202	39 105	+ 17,8
Stadt Stuttgart	35 882	44 137	+ 23,0
Landkreis Böblingen	36 420	43 979	+ 20,8
Landkreis Heilbronn	32 287	37 894	+ 17,4
<i>Regierungsbezirk Karlsruhe</i>	31 840	36 076	+ 13,3
Landkreis Rastatt	33 417	39 690	+ 18,8
Hessen	32 751	37 181	+ 13,5
<i>Regierungsbezirk Darmstadt</i>	34 309	39 111	+ 14,0
Landkreis Groß-Gerau	37 079	43 188	+ 16,5
<i>Regierungsbezirk Kassel</i>	29 858	33 870	+ 13,4
Landkreis Kassel	31 019	34 892	+ 12,5
Rheinland-Pfalz	29 864	32 509	+ 8,9
<i>Region Rheinhessen-Pfalz</i>	31 429	34 415	+ 9,5
Landkreis Germersheim	32 531	38 787	+ 19,2
Saarland	29 838	33 236	+ 11,4
Landkreis Saarpfalz-Kreis	30 611	35 392	+ 15,6
Landkreis Saarlouis	29 797	34 053	+ 14,3
Thüringen	22 749	26 726	+ 17,5
Stadt Eisenach	24 225	29 413	+ 21,4
Sachsen	23 402	27 207	+ 16,3
<i>Direktionsbezirk Chemnitz</i>	22 669	26 659	+ 17,6
Landkreis Zwickau	22 653	28 049	+ 23,8
Deutschland	29 850	33 510	+ 12,3

... zeigt merkliche Dominanz der Automobilkreise

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer aller Kreise mit hoher Automobilproduktion dasjenige des zugehörigen Landes beziehungsweise Regierungsbezirks übertroffen, und zwar teilweise recht deutlich:

Niedersachsen

Wolfsburg überragt Einkommen in Region und Land um 40 bzw. 54 %

In Niedersachsen überragt das Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt der Stadt Wolfsburg mit 49 490 € je AN dasjenige der Region Braunschweig (35 330 € je AN) um 40,1 Prozent und dasjenige des Landes Niedersachsen (32 040 € je AN) sogar um 54,5 Prozent. Auch das Arbeitnehmereinkommen in der Stadt Salzgitter in Höhe von 40 290 € je AN hat den Wert der Region Braunschweig beziehungsweise des Landes Niedersachsen um 14,0 Prozent beziehungsweise 25,8 Prozent noch deutlich übertroffen. Schließlich erreichte das Arbeitnehmerentgelt der Stadt Emden mit 38 030 € je AN einen um 26,0 Prozent über dem Durchschnitt der Region Weser-Ems (30 180 € je AN) beziehungsweise um 18,7 Prozent über dem Durchschnitt von Niedersachsen liegenden Wert.

Bemerkenswerterweise weisen diese drei Automobilstädte die höchsten Arbeitnehmerentgelte in ganz Niedersachsen auf.

Bayern

Alle bayerischen Automobilkreise überragen die Einkommen des Freistaats bzw. ihres Regierungsbezirks

In Bayern wurde 2007 das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Durchschnitt des Freistaats (35 170 € je AN) ebenfalls von jedem Stadt- und Landkreis mit hoher Automobilproduktion übertroffen. In der Stadt Ingolstadt (44 490 € je AN) betrug der Abstand zum Landesdurchschnitt 27,9 Prozent beziehungsweise zum Regierungsbezirk Oberbayern (37 690 € je AN) immerhin 19,4 Prozent. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Landkreis Dingolfing-Landau in Höhe von 43 770 € je AN hat den Landesdurchschnitt um 24,5 Prozent und den Durchschnitt des Regierungsbezirks Niederbayern (32 580 € je AN) sogar um 34,4 Prozent übertroffen.

Auch bei der Stadt Schweinfurt mit einem Arbeitnehmerentgelt von 40 810 € je AN wurde ein deutlicher Abstand zum Landesdurchschnitt (um 16,0 %) beziehungsweise zum Regierungsbezirk Unterfranken mit 33 270 € je AN (um 22,7 %) festgestellt. Ähnlich ist die Relation für die Stadt Coburg, wo das Arbeitnehmerentgelt mit 40 250 € je AN den Landesdurchschnitt um 14,5 Prozent und den Durchschnitt des Regierungsbezirks Oberfranken (32 840 € je AN) um 22,6 Prozent übertroffen hat. Für die Stadt Regensburg (39 290 € je AN) wurde ein Wert ermittelt, der um 11,7 Prozent über dem Landesdurchschnitt Bayerns und um 16,2 Prozent über dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Oberpfalz (33 830 € je AN) gelegen ist.

Reihenfolge in Bayern: Städte Ingolstadt und Erlangen, Kreis Dingolfing-Landau, Stadt und Kreis München, Städte Schweinfurt, Coburg und Regensburg

Innerhalb des Freistaats Bayern erlangte 2007 die Automobilstadt Ingolstadt das höchste Pro-Kopf-Arbeitnehmereinkommen vor der Stadt Erlangen, danach folgt schon der Landkreis Dingolfing-Landau. Die Städte Schweinfurt und Coburg liegen knapp hinter dem Landkreis München und der Stadt München (mit 43 210 bzw. 40 990 € je AN), dann kommt bereits mit Regensburg eine weitere bayerische Automobilstadt.

Baden-Württemberg

Deutlicher Abstand zum Landes- und Bezirksdurchschnitt in Stuttgart und im Kreis Böblingen, ...

Die Stadt Stuttgart hat 2007 mit einem Arbeitnehmerentgelt von 44 140 € je AN den Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg (36 550 € je AN) um 20,8 Prozent und denjenigen des Regierungsbezirks Stuttgart (39 110 € je AN) um 12,9 Prozent übertroffen. Ähnlich war der Abstand beim Landkreis Böblingen mit 43 980 € je AN und Abständen zum Landesdurchschnitt um 20,3 Prozent sowie zum Durchschnitt des Regierungsbezirks Stuttgart um 12,5 Prozent. Der Landkreis Heilbronn hat sich mit 37 890 € je AN um 3,7 Prozent vom Landesdurchschnitt abgehoben, den Wert des Regierungsbezirks Stuttgart dagegen um 3,1 Prozent unterschritten.

... ebenso beim Landkreis Rastatt

Für den Landkreis Rastatt wurde 2007 ein Arbeitnehmerentgelt in Höhe von 39 690 € je AN ermittelt, das um 8,6 Prozent über dem Landesdurchschnitt und um 10,0 Prozent über dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Karlsruhe (36 080 € je AN) gelegen ist.

Innerhalb Baden-Württembergs liegen diese 3 Kreise auf den Spitzenpositionen

Die Landeshauptstadt Stuttgart sowie die Landkreise Böblingen und Rastatt erlangten 2007 unter allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs die höchsten Pro-Kopf-Arbeitnehmereinkommen; dahinter folgen weitere industriell geprägte Kreise mit teilweise ebenfalls starker Ausrichtung auf die Kraftwagen- und Kraftwagenteileherstellung, nämlich die Stadt Mannheim (39 220 € je AN) sowie die Landkreise Esslingen (39 230 € je AN), Bodenseekreis (39 180 € je AN), Heidenheim (38 500 € je AN) und Ludwigsburg (37 900 € je AN), bereits dahinter dann der erwähnte Landkreis Heilbronn.

Hessen

In Hessen ist das Arbeitnehmereinkommen im Opel-Kreis Groß-Gerau überragend, ...

In Hessen hat das Arbeitnehmerentgelt des Landkreises Groß-Gerau mit 43 190 € je AN den Durchschnitt des Landes (37 180 € je AN) um 16,2 Prozent und den Durchschnitt des Regierungsbezirks Darmstadt (39 110 € je AN) um 10,4 Prozent überschritten. Damit wurden für diesen, durch die Opel-Stadt Rüsselsheim geprägten Kreis nur leicht niedrigere Pro-Kopf-Arbeitnehmereinkommen gemessen wie für die Stadt Stuttgart und den Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg, außerdem ähnliche Abstände zum Durchschnitt des jeweiligen Landes beziehungsweise Regierungsbezirks.

... der Landkreis Kassel übertrifft immerhin den Regierungsbezirk

Demgegenüber blieb der Landkreis Kassel mit 34 890 € je AN um 6,2 Prozent hinter dem Durchschnitt des Landes Hessen zurück, konnte aber den Wert des Regierungsbezirks Kassel (33 870 € je AN) immerhin um 3,0 Prozent übertreffen; abgesehen von der Stadt Kassel (36 700 € je AN) wurde im Landkreis Kassel das höchste Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt dieses nordhessischen Regierungsbezirks erzielt.

Rheinland-Pfalz

Hinter Ludwigshafen liegt in Rheinland-Pfalz bereits der Kreis Germersheim

Der Landkreis Germersheim weist mit 38 790 € je AN hinter der Stadt Ludwigshafen am Rhein das zweithöchste Arbeitnehmerentgelt des Landes Rheinland-Pfalz auf, der Landesdurchschnitt (32 510 € je AN) wurde um 19,3 Prozent übertroffen, der Durchschnitt der Region Rheinhessen-Pfalz (34 420 € je AN) um 12,7 Prozent.

Saarland

Regionale Spitzenpositionen auch bei den beiden saarländischen Automobilkreisen

Im Saarland wurde 2007 der Durchschnitt des Arbeitnehmerentgelts in Höhe von 33 240 € je AN durch den Saarpfalz-Kreis (35 390 € je AN) und den Landkreis Saarlouis (34 050 € je AN) leicht überschritten, nämlich um 6,5 beziehungsweise 2,5 Prozent, außerdem nur noch durch den Regionalverband Saarbrücken (34 200 € je AN) mit der Landeshauptstadt. Im Saarpfalz-Kreis wurde somit 2007 das höchste Arbeitnehmereinkommen in diesem jüngsten westlichen Bundesland erzielt.

Thüringen

2. Platz für Eisenach innerhalb Thüringens, ...

In Thüringen lagen beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zwei Kreise mit nahezu gleich hohen Werten an der Spitze, nämlich die Wissenschaftsstadt Jena (29 510 € je AN) und die Automobilstadt Eisenach (29 410 € je AN), die damit den Landesdurchschnitt (26 730 € je AN) um 10,1 Prozent überragt hat.

Sachsen

... 3. Rang für Kreis Zwickau in Sachsen

In Sachsen erreichte der durch die Automobilproduktion geprägte Landkreis Zwickau 2007 mit 28 050 € je AN den dritthöchsten Wert aller sächsischen Stadt- und Land-

kreise, lediglich die Städte Dresden und Leipzig konnten mit 29 970 € beziehungsweise 28 470 € je AN höhere Werte verzeichnen. Der Abstand des Landkreises Zwickau zum Durchschnitt des Freistaats Sachsen (27 210 € je AN) belief sich auf 3,1 Prozent und zum Direktionsbezirk Chemnitz (26 660 € je AN) auf 5,2 Prozent.

Entwicklung 1996 bis 2007

Mittelfristige Entwicklung 1996 bis 2007

In Tabelle 1 ist auch die mittelfristige Entwicklung des Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelts für den Zeitraum 1996 bis 2007 wiedergegeben. Dabei zeigen sich folgende Tendenzen:

Niedersachsen

Nur die 3 niedersächsischen Automobilstädte blieben hinter der Bundesentwicklung zurück

Unterhalb der Entwicklung im Bundesdurchschnitt (+ 12,3 %) blieben lediglich die drei niedersächsischen Städte, nämlich Salzgitter mit + 12,0 Prozent, Wolfsburg mit + 9,1 Prozent und Emden mit + 8,6 Prozent. Die Städte Wolfsburg und Emden erreichten mit ihren Zuwachsraten außerdem weder den Durchschnitt des Landes Niedersachsen (+ 9,9 %) noch der betreffenden Regionen (Braunschweig: + 10,7 %; Weser-Ems: + 8,9 %).

Bayern

Demgegenüber haben die bayerischen Automobilkreise Bundes-, Landes- und Bezirkswachstum merklich übertroffen

Im Gegensatz dazu steht die Entwicklung in Bayern, wo alle Kreise mit hoher Automobilproduktion Zuwachsraten um gut ein Viertel bis knapp drei Zehntel aufweisen konnten. Damit wurde nicht nur der Schnitt des Landes Bayern (+ 15,6 %) deutlich übertroffen, sondern auch der Durchschnitt der jeweiligen Regierungsbezirke, die in einer ähnlichen Größenordnung, nämlich zwischen + 14,5 Prozent und + 19,9 Prozent, gelegen sind. Im Einzelnen wurden für die Stadt Ingolstadt + 28,1 Prozent gemessen, für die Stadt Coburg + 27,3 Prozent, für die Stadt Regensburg + 26,5 Prozent, für die Stadt Schweinfurt + 25,4 Prozent und für den Landkreis Dingolfing-Landau + 24,1 Prozent.

Baden-Württemberg

Auch Stadt Stuttgart und Kreis Böblingen haben sich von Bundes-, Landes- und Bezirkswachstum deutlich abgesetzt, ...

Innerhalb Baden-Württembergs ist das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zwischen 1996 und 2007 auch in der Stadt Stuttgart (+ 23,0 %) und im Landkreis Böblingen (+ 20,8 %) um mehr als ein Fünftel angewachsen, der Durchschnitt sowohl des Landes Baden-Württemberg (+ 15,2 %) als auch des Regierungsbezirks Stuttgart (+ 17,8 %) wurde damit übertroffen. Die Steigerungsrate im Landkreis Heilbronn (+ 17,4 %) entspricht knapp derjenigen des Regierungsbezirks Stuttgart.

... ebenso Kreis Rastatt

Der badische Kreis Rastatt hat mit einem Anstieg um + 18,8 Prozent den Zuwachs des Landes Baden-Württemberg und den Anstieg des Regierungsbezirks Karlsruhe (+ 13,3 %) ebenfalls überschritten.

Hessen

In Hessen liegt Entwicklung im Kreis Groß-Gerau über Landes- und Bundesdurchschnitt, im Landkreis Kassel darunter

In Hessen lag 2007 die Zunahme des Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelts im Landkreis Groß-Gerau mit + 16,5 Prozent über dem Durchschnitt sowohl des Landes Hessen (+ 13,5 %) als auch des Regierungsbezirks Darmstadt (+ 14,0 %). Demgegenüber konnte das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Landkreis Kassel mit + 12,5 Prozent den Bundesdurchschnitt nur leicht übersteigen, dagegen die Zuwächse für das Land Hessen und für den Regierungsbezirk Kassel (+ 13,4 %) nicht ganz erreichen.

Doppelt so starke Expansion im Kreis Germersheim wie in Rheinland-Pfalz und in Region Rheinhessen-Pfalz

Rheinland-Pfalz

Im rheinland-pfälzischen Landkreis Germersheim mit der Autostadt Wörth ist das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer mit + 19,2 Prozent etwa doppelt so stark angewachsen wie im Durchschnitt des Landes Rheinland-Pfalz (+ 8,9 %) beziehungsweise der Region Rheinhessen-Pfalz (+ 9,5 %).

Überdurchschnittliches Wachstum der Automobilkreise auch im Saarland, ...

Saarland

Auch die beiden saarländischen Kreise mit starker Automobilausrichtung konnten eine Zunahme des Arbeitnehmerentgelts verzeichnen, die mit + 15,6 Prozent beim Saarpfalz-Kreis bzw. + 14,3 Prozent beim Landkreis Saarlouis 2007 über dem Landesdurchschnitt (+ 11,4 %) lag.

... in Thüringen ...

Thüringen

Stärker als im gesamten Freistaat Thüringen (+ 17,5 %) nahm das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer auch in der Autostadt Eisenach (+ 21,4 %) zu.

... und vor allem in Sachsen

Sachsen

Ein ausgesprochen hoher Zuwachs wurde für das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Zeitraum 1996 bis 2007 für den Landkreis Zwickau (+ 23,8 %) gemessen, der Durchschnitt sowohl des Landes Sachsen (+ 16,3 %) als auch des Direktionsbezirks Chemnitz (+ 17,6 %) blieb deutlich dahinter zurück.

Autor:

Dr. Werner Münzenmaier

Telefon: (0711) 279-3517

E-Mail: werner.muenzenmaier@fm.bwl.de

- 1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig.
- 2 Die deutlich höheren Pro-Kopf-Arbeitnehmereinkommen bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sind im Übrigen nicht mit sektoralen Unterschieden bei der Inanspruchnahme der Teilzeitarbeit oder beim Nutzen von Überstunden zu erklären. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Wirtschaftsbereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen war 2007 praktisch gleich hoch wie in der Gesamtwirtschaft.
- 3 Im Unterschied zu Abbildung 1, wo noch die **Stadt** Zwickau aufgeführt ist, musste in Abbildung 2 auf den **Landkreis** Zwickau Bezug genommen werden. Der Grund dafür ist, dass sich die im August 2009 veröffentlichten Daten des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" auf den aktuellen Gebietsstand beziehen, der für den Freistaat Sachsen die zum 1. August 2008 vollzogene Gebietsreform zu berücksichtigen hat. Im Zuge dieser Gebietsreform ist die Stadt Zwickau in den Landkreis Zwickau aufgegangen, der durch Zusammenschluss der früher selbstständigen Landkreise Chemnitzer Land und Zwickauer Land sowie der zuvor kreisfreien Stadt Zwickau gebildet wurde. Zum 31. Dezember 2008 hatte die Große Kreisstadt Zwickau 94 887 Einwohner, der Landkreis Zwickau 348 834 Einwohner.
- 4 In Sachsen tragen die Regierungsbezirke die Bezeichnung Direktionsbezirke. In Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz sind die früheren Regierungsbezirke inzwischen aufgelöst worden, für statistische und andere Zwecke werden ihre Gebiete jedoch weiterhin als "Statistische Regionen" geführt.

Jodok Erb¹

Wie die Stuttgarter ihren Gesundheitszustand einschätzen Ergebnisse der Bürgerumfrage 2009

Lebenserwartung der Stuttgarter steigt weiter

Die Lebenserwartung der Stuttgarter steigt weiter an: Ein neu geborenes Mädchen lebt durchschnittlich 84 Jahre, ein Junge 80 Jahre². Damit ist die Lebenserwartung in den letzten 20 Jahren bei Frauen um 3,8 Jahre, bei Männern um 6 Jahre gestiegen. Ob diese Lebenserwartung auch ein Leben in Gesundheit bedeutet oder ob eine lange Zeit davon von Krankheiten begleitet sein wird, darüber kann diese Auswertung allerdings keine Auskunft geben.

Zahlen zur Gesundheit der Stuttgarter Bevölkerung

Für die Einschätzung des Gesundheitszustands der Bevölkerung können vielfältige Statistiken herangezogen werden, zum Beispiel Todesursachen-, Krankenhausdiagnose-, Arbeitsunfähigkeits- oder Schwerbehindertenstatistik. Für die Gesundheitsberichte des Gesundheitsamts, wie „HIV-Infektion und AIDS-Erkrankung in Stuttgart“ (2000), „Gesundheitsbericht Stuttgart 2000“ (2001) und „Tuberkulose in Stuttgart“ (2004), wurden Daten der Todesursachenstatistik, der meldepflichtigen Infektionskrankheiten, der Schwerbehinderten- sowie der Pflegestatistik ausgewertet. All diese Statistiken beleuchten immer nur einen bestimmten Ausschnitt der Gesundheit oder eine spezielle Bevölkerungsgruppe. Umfassende Daten zum Gesundheitszustand der Bevölkerung gibt es bisher für Stuttgart keine und für Deutschland sehr wenige.

Bürgerumfrage 2009 stellt erstmals Fragen zur Gesundheit

Deshalb wurden im Rahmen der Bürgerumfrage 2009 erstmals Fragen zum Gesundheitszustand gestellt. Die Ergebnisse sollen dazu dienen, bevölkerungsbezogene Präventionsstrategien im Rahmen der Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels und dessen Teilziel „Gesund leben und gesund alt werden“ zu formulieren und umzusetzen. Angesichts der Vielzahl an Themen, die in der Bürgerumfrage angesprochen wurden, blieb nur Platz für einige Fragen zur subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustands.

„Objektive Gesundheit“ versus „subjektive Gesundheit“

Der medizinisch diagnostizierte Gesundheitszustand wird als „objektive Gesundheit“ bezeichnet. Demgegenüber bezeichnet man als „subjektive Gesundheit“ jenen Gesundheitszustand, den eine Person individuell erlebt. Die Einschätzungen können, müssen aber nicht übereinstimmen. Personen, die der medizinischen Diagnose zufolge gesund sind, also eine gute objektive Gesundheit haben, fühlen sich teilweise dennoch krank. Umgekehrt haben Personen, die nach medizinischer Diagnose eine oder mehrere Erkrankungen haben, oftmals eine gute subjektive Gesundheit.

Subjektive Einschätzung des Gesundheitszustands ist wichtig

Die subjektive Einschätzung des Gesundheitszustands erscheint in verschiedener Hinsicht bedeutsam: Unabhängig von ärztlichen Diagnosen und Laborparametern beeinflusst die Selbsteinschätzung der Gesundheit die Lebensqualität der Betroffenen entscheidend. Beschwerden, für die keine medizinische Hilfe in Anspruch genommen wird, bleiben in den offiziellen Statistiken in der Regel verborgen, wirken sich jedoch oft erheblich auf das subjektive Gesundheitsempfinden aus. Die Informationen zur subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustands sind auch wichtig, weil sich daraus gut die längerfristige Entwicklung des Gesundheitszustands abschätzen lässt. „So haben deutsche wie internationale Längsschnittstudien gezeigt, dass sich anhand der selbst eingeschätzten Gesundheit die zukünftige Sterblichkeit teilweise vorhersagen lässt.“³ Demnach besteht ein Zusammenhang zwischen einem subjektiv schlechten Gesundheitszustand und der Sterbewahrscheinlichkeit in der Folgezeit.

„Minimal European Health Module“ (MEHM) bietet bundesweite Vergleichsmöglichkeiten

Um für die Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Studien zu haben, wurde die Fragestellung an international übliche Standards angeglichen. Für die Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands wird auf das so genannte „Minimal European Health Module“ (MEHM) zurückgegriffen, das von der EU empfohlen wird⁴ und für das bereits bundesweite Daten vorliegen.

Die Einschätzung des subjektiven Gesundheitszustands nach Geschlecht und Alter

Die Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt: „Wie ist Ihr Gesundheitszustand im Allgemeinen?“ Die fünf Antwortmöglichkeiten waren: „sehr gut“, „gut“, „mittelmäßig“, „schlecht“ und „sehr schlecht“.

Unterschiede hinsichtlich des subjektiven Gesundheitszustands zwischen Männern und Frauen gering

3800 Personen beantworteten die Frage zum Gesundheitszustand, das sind 44 Prozent der Angeschriebenen. 78 Prozent der Männer und 75 Prozent der Frauen schätzen ihren Gesundheitszustand „gut“ oder „sehr gut“ ein, 18 Prozent der Männer und 21 Prozent der Frauen als „mittelmäßig“ und jeweils 5 Prozent als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Die Unterschiede zwischen Frauen und Männer hinsichtlich des subjektiven Gesundheitszustands sind also gering.

Mit zunehmendem Alter nimmt der subjektive Gesundheitszustand ab

Mit zunehmendem Alter nimmt der subjektive Gesundheitszustand bei beiden Geschlechtern ab. Bei den 18- bis 29-jährigen Frauen bewerten 91 Prozent ihren Gesundheitszustand als „gut“ oder „sehr gut“, 8 Prozent als „mittelmäßig“ und 1 Prozent als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Frauen über 65 Jahre bewerten zu 53 Prozent ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“, 39 Prozent bezeichnen ihn als „mittelmäßig“ und 9 Prozent als „schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Die Situation bei den Männern stellt sich ähnlich dar. In der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre bewerten bei den Männern 96 Prozent aller Befragten ihren Gesundheitszustand als „gut“ oder „sehr gut“, 4 Prozent als „mittelmäßig“. Keiner der Befragten gab einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand an. Ganz anders stellt sich die Situation bei den über 65-jährigen Männern dar: Nur noch 55 Prozent schätzen ihren Gesundheitszustand „gut“ oder „sehr gut“ ein, 36 Prozent als „mittelmäßig“ und 9 Prozent als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands der Stuttgarter nach Alter und Geschlecht

Gesundheitszustand	Frauen					Männer				
	Altersgruppe				insgesamt	Altersgruppe				insgesamt
	18 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 64 Jahre	65 Jahre und älter		18 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 64 Jahre	65 Jahre und älter	
	%									
Sehr gut	41	36	21	6	24	51	36	19	5	25
Gut	50	52	53	47	51	45	54	57	50	53
Mittelmäßig	8	10	21	39	21	4	8	19	36	18
Schlecht	1	2	4	7	4	0	2	3	8	4
Sehr schlecht	0	1	1	2	1	0	0	2	1	1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Rundungsdifferenzen sind möglich

Quelle: Bürgerumfrage 2009

Der Zusammenhang von Einkommen oder Bildung und subjektiv eingeschätzter Gesundheit

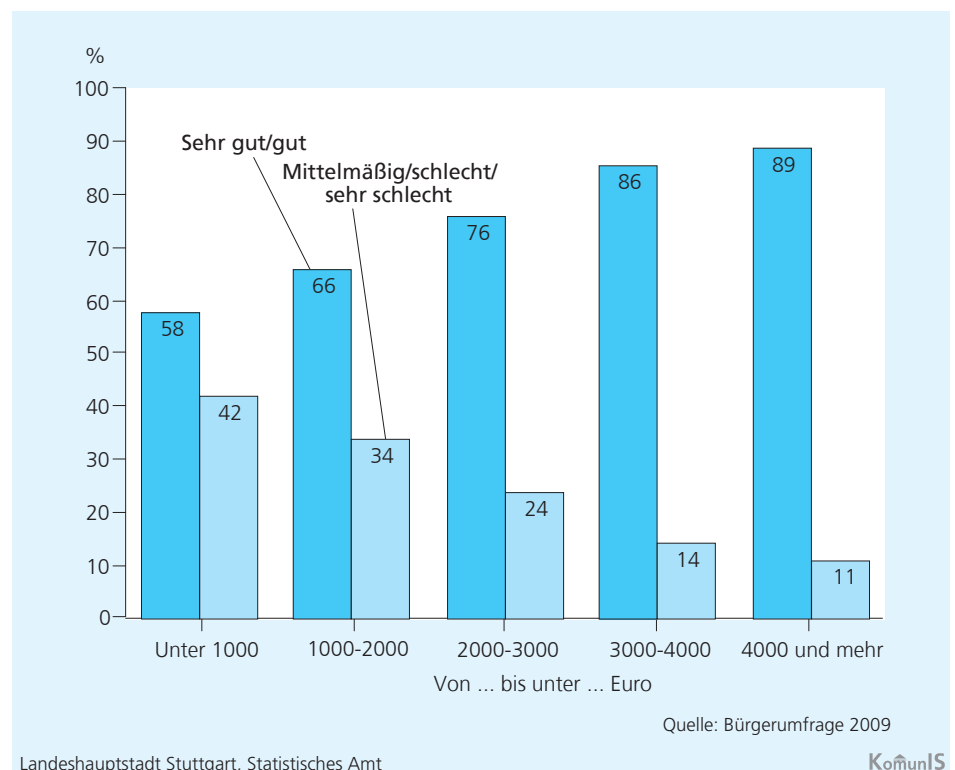
Studien belegen Zusammenhang zwischen dem Gesundheitszustand und dem sozioökonomischen Status der Person

Aus vielen Studien ist bekannt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Gesundheitszustand und dem sozioökonomischen Status der Personen gibt. Arme Menschen haben durchschnittlich eine sieben Jahre kürzere Lebenserwartung als wohlhabende⁵. Auch sind Arme schon in jüngeren Jahren gesundheitlich stärker beeinträchtigt als Wohlhabende. Die Auswertungen der Jugendgesundheitsstudie Stuttgart 2005 (JUGS) zeigten, dass Jugendliche aus der unteren sozialen Schicht, Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche mit einem geringen Bildungsstand größere gesundheitliche Probleme aufweisen als aus wohlhabenden Familien stammende Jugendliche, Jugendliche ohne Migrationshintergrund und solche mit gutem Bildungsstand⁶.

Mit steigendem Einkommen steigt auch die Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand

Für die Auswertung bei der Bürgerumfrage wurden das monatliche Haushaltsnettoeinkommen und der höchste Bildungsabschluss als Indikatoren ausgewählt. Wie in Abbildung 1 dargestellt, steigt mit dem Einkommen auch der Anteil der Befragten, die einen guten oder sehr guten Gesundheitszustand angeben: In der niedrigsten Einkommensgruppe unter 1000 Euro/Monat sind dies 58 Prozent, in der höchsten Einkommensgruppe mit einem Einkommen von 4000 Euro und mehr sind dies 89 Prozent. Dem entsprechend nimmt der Anteil derjenigen ab, die über einen mittelmäßigen, schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand berichten, von 42 Prozent in der niedrigsten Einkommensgruppe auf 11 Prozent in der höchsten Einkommensgruppe.

Abbildung 1: Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands der Stuttgarter nach Haushaltsnettoeinkommen



Höchster Bildungsabschluss als Indikator für sozioökonomischen Status

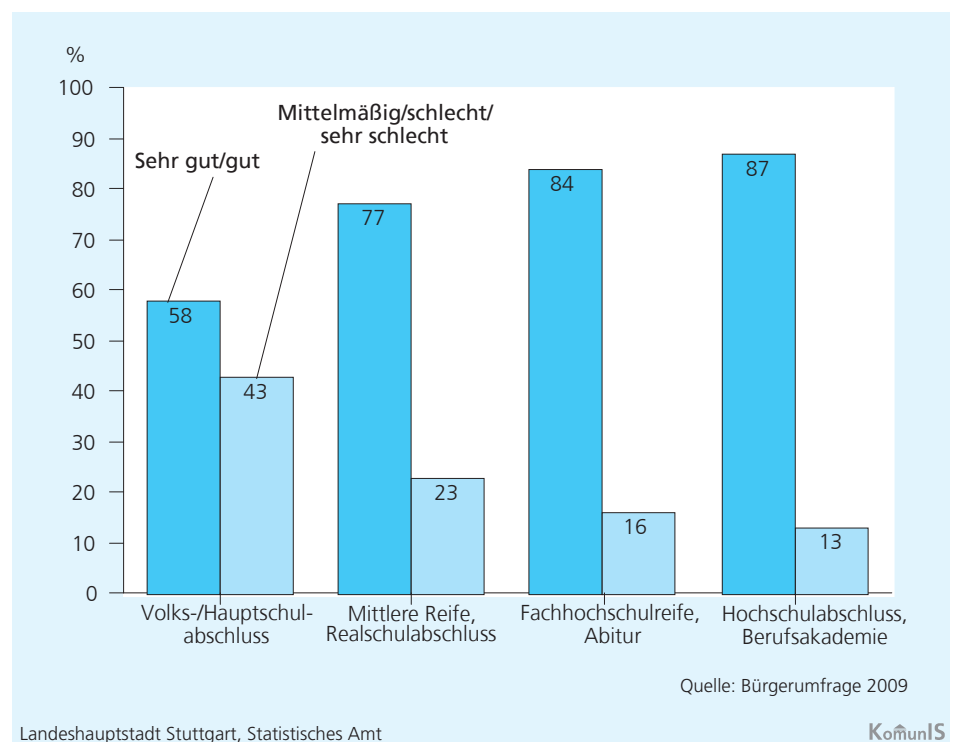
Nun ist es sicher so, dass ein schlechter Gesundheitszustand die Chancen stark vermindern kann, ein hohes Einkommen zu erzielen. Es liegt folglich auf der Hand, dass es einen Einfluss der Gesundheit auf das Einkommen gibt. Wichtig erscheint es aber auch, den Einfluss des sozioökonomischen Status beziehungsweise des Einkommens auf die Gesundheit zu betrachten. Dieser ursächliche Zusammenhang kann im Rahmen einer Befragung nicht mit letzter Sicherheit ermittelt werden. Um hier Ursache und Wirkung bestimmen zu können, sollten zurückliegende Merkmale des sozialen Status herangezogen werden. Da es sich um eine Befragung der erwachsenen Be-

Je höher der Bildungsabschluss, umso besser die Selbsteinschätzung der Gesundheit

völkerung handelt, kann als ein Indikator für den sozioökonomischen Status der höchste Bildungsabschluss der befragten Person verwendet werden. Die Annahme dabei ist, dass eine Verschlechterung des Gesundheitszustands in der Regel erst nach Abschluss der schulisch-beruflichen Ausbildung eingetreten ist.

Je höher der Bildungsabschluss, umso besser die Selbsteinschätzung der Gesundheit: Während 58 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut einstufen, sind es bei den Befragten mit mittlerem Abschluss 77 Prozent, bei den Abiturienten 84 Prozent sowie bei den Hochschulabsängern 87 Prozent. Umgekehrt sinkt mit steigendem Bildungsabschluss der Anteil derjenigen ab, die über einen mittelmäßigen, schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand berichten (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands der Stuttgarter nach höchstem Bildungsabschluss



Vergleich der Stuttgarter Ergebnisse mit den Ergebnissen auf Bundesebene

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands erfasste auch der Telefonische Gesundheitssurvey 2003

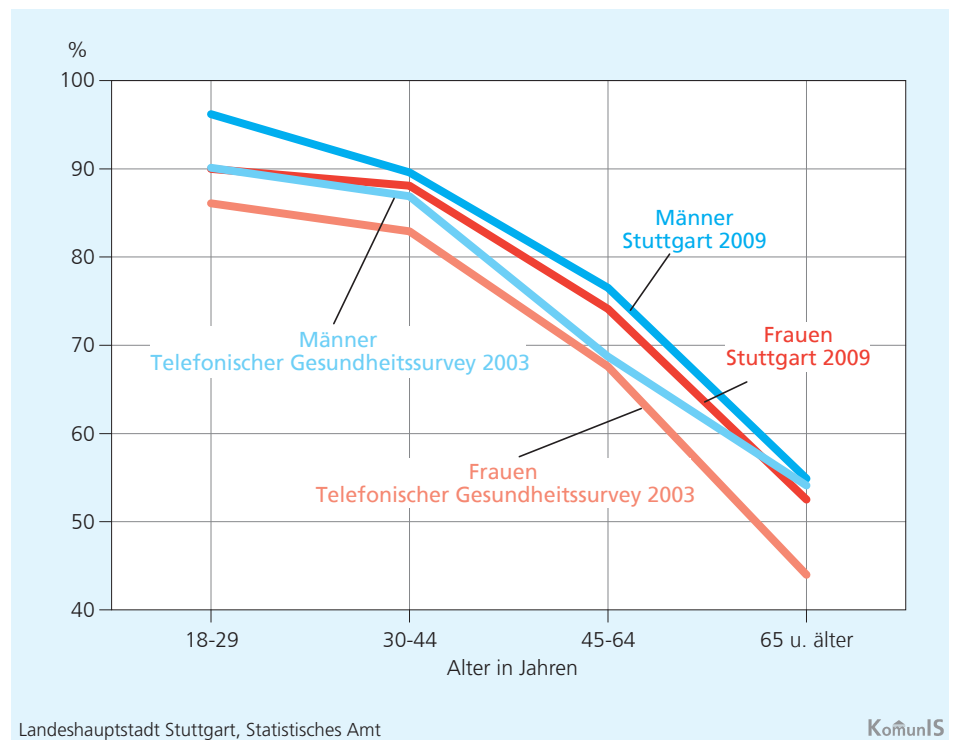
Die Frage nach der Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands wurde in den letzten Jahren schon in verschiedenen anderen Umfragen gestellt, unter anderem in einer repräsentativen bundesweiten Umfrage des Robert Koch-Instituts, dem Telefonischen Gesundheitssurvey im Jahr 2003⁷.

Ergebnisse des Gesundheitssurveys 2003 unterscheiden sich zur Bürgerumfrage 2009

Im Telefonischen Gesundheitssurvey 2003 schätzten 76 Prozent der Männer ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“ ein, 18 Prozent als „mittelmäßig“ und 6 Prozent als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Damit schätzten die Männer bei dieser bundesweiten Befragung ihren Gesundheitszustand geringfügig schlechter ein als die Stuttgarter Männer. Bei den Frauen ergaben sich deutlichere Unterschiede: Die Frauen im Telefonischen Gesundheitssurvey 2003 schätzten zu 69 Prozent ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“ ein, 24 Prozent als „mittelmäßig“ und 7 Prozent als „schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Bezogen auf die einzelnen Altersgruppen stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Für beide Geschlechter und in allen Altersgruppen schätzt ein höherer Anteil der Stuttgarter ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“ ein als die Befragten auf Bundesebene (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: „Sehr guter“ oder „guter“ subjektiver Gesundheitszustand im Vergleich: Telefonischer Gesundheitssurvey 2003 und Bürgerumfrage 2009



Chronische Krankheiten

Chronische Krankheiten beeinträchtigen den Gesundheitszustand

In zunehmendem Maß ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung in Deutschland durch chronische Krankheiten beeinträchtigt. Dies hat verschiedene Ursachen: Die medizinischen Behandlungsmöglichkeiten von Krankheiten sind wesentlich verbessert worden. Dies führt dazu, dass heute viele Krankheiten, die früher rasch tödlich verliefen, nun behandelt werden können. Die Behandlung bringt häufig eine Linderung und ein Hinauszögern einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitszustands, aber keine Heilung. Immer mehr Erkrankte müssen sich deshalb auf eine lange Lebensphase mit einer chronischen Krankheit einstellen. Die allgemeinen Wohn-, Ernährungs- und Lebensbedingungen der Bevölkerung haben sich insgesamt verbessert. Das wirkt sich auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung positiv aus. Allerdings nehmen auch Krankheiten zu, die früher in diesem Maße nicht aufgetreten sind, zum Beispiel Übergewicht, Herz- Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes.

Um einen Überblick darüber zu bekommen, wie häufig chronische Krankheiten verbreitet sind, wurde in der Bürgerumfrage gefragt: „Haben Sie eine oder mehrere lang andauernde, chronische Krankheiten?“ Die Antwortmöglichkeiten waren „Ja“ und „Nein“. Wir haben darauf verzichtet, einzelne Krankheiten aufzuführen oder nach einer ärztlichen Diagnose zu fragen. Vielmehr sollten die Teilnehmer die Angabe allein aufgrund ihrer Selbsteinschätzung machen.

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Personen mit chronischen Erkrankungen

Insgesamt 3784 Personen beantworteten die Frage zu chronischen Krankheiten. 28 Prozent der Befragten gaben an, andauernde chronische Erkrankungen zu haben, Frauen mit 29 Prozent etwas häufiger als Männer mit 27 Prozent. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Personen, die chronische Erkrankungen haben. Bei den Frauen sind es in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre 17 Prozent, bei den über 65-Jährigen 46 Prozent. Die Entwicklung verläuft bei den Männern ähnlich wie bei den Frauen. Bemerkenswert ist, dass der Anteil an chronisch Kranken in der Altersgruppe unter 45 Jahre bei den Männern deutlich geringer ist als bei den Frauen: In der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre 11 Prozent gegenüber 17 Prozent bei den Frauen und in der Altersgruppe 30 bis 44 Jahre 17 Prozent gegenüber 20 Prozent bei den Frauen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteil der Stuttgarter mit chronischen Krankheiten nach Alter und Geschlecht

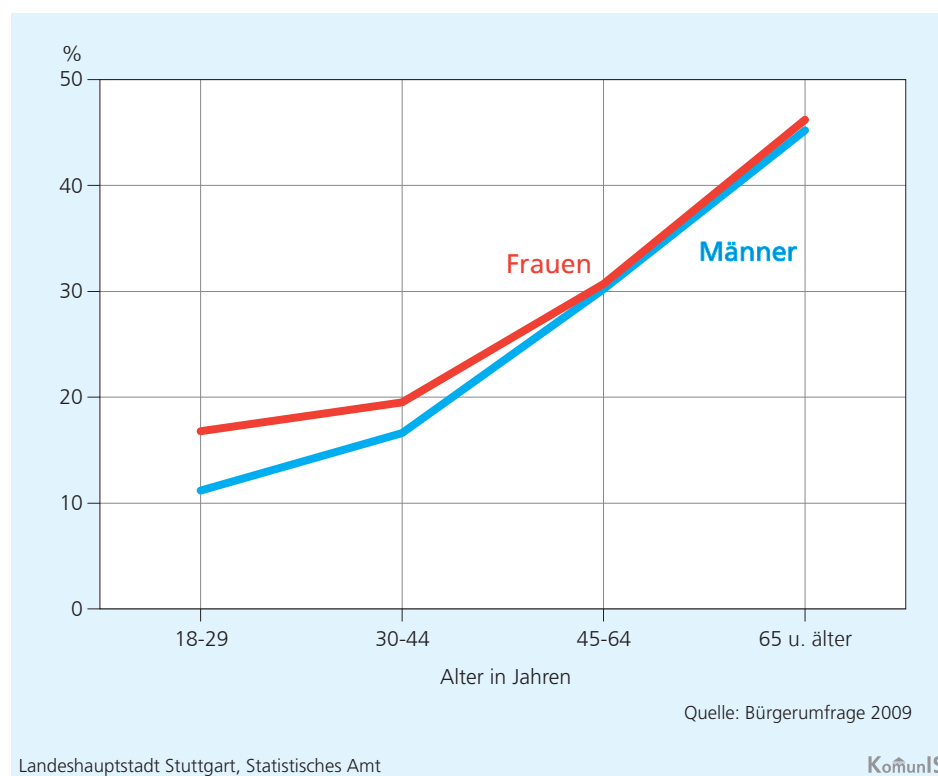
Chronische Krankheiten	Frauen					Männer				
	Altersgruppe				insgesamt	Altersgruppe				insgesamt
	18 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 64 Jahre	65 Jahre und älter		18 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 64 Jahre	65 Jahre und älter	
	%									
Ja	17	20	31	46	29	11	17	30	45	27
Nein	83	80	69	54	71	89	83	70	55	73
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Bürgerumfrage 2009

Landeshauptstadt Stuttgart. Statistisches Amt

KommunIS

In den höheren Altersgruppen sind die Anteile chronisch Kranker bei beiden Geschlechtern fast identisch. Zur Veranschaulichung haben wir die Anteile der chronisch Kranken in den Altersgruppen auch als Grafik dargestellt (vgl. Abbildung 4)

Abbildung 4: Anteil der Stuttgarter mit chronischen Erkrankungen nach Alter und Geschlecht

Zusammenhang von chronischen Krankheiten und dem Haushaltsnettoeinkommen sowie dem höchsten Schulabschluss

Wie bereits bei der subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustands zeigt sich ein Zusammenhang von chronischen Erkrankungen und dem Haushaltsnettoeinkommen: Mit steigendem Einkommen sinkt der Anteil der Befragten, der an chronischen Erkrankungen leidet von 40 Prozent in der Einkommensgruppe unter 1000 Euro Monatseinkommen auf 19 Prozent in der Einkommensgruppe 4000 Euro und mehr (vgl. Tabelle 3). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Auswertung nach dem höchsten Schulabschluss (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 3: Anteil der Stuttgarter mit chronischen Krankheiten nach Haushaltsnettoeinkommen

Chronische Krankheiten	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen					
	unter 1000 €	1000 bis unter 2000 €	2000 bis unter 3000 €	3000 bis unter 4000 €	4000 € und mehr	insgesamt
	%					
Ja	40	35	28	25	19	28

Quelle: Bürgerumfrage 2009

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMuNIS

Tabelle 4: Anteil der Stuttgarter mit chronischen Krankheiten nach höchstem Schulabschluss

Chronische Krankheiten	Höchster Schul-/Hochschulabschluss				
	Volks-/Hauptschulabschluss	Mittlere Reife, Realschulabschluss	Fachhochschulreife/Abitur	Hochschulabschluss/Berufakademie	insgesamt
	%				
Ja	43	30	22	20	28

Quelle: Bürgerumfrage 2009

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMuNIS

Stuttgarter Werte im Vergleich zum Gesundheitssurvey

Im Vergleich mit den bundesweiten Daten aus dem Telefonischen Gesundheitssurvey 2003 des Robert Koch-Instituts⁸ sind die Stuttgarter Anteile niedrig: Auf Bundesebene gaben 39 Prozent der Befragten an, an einer oder mehreren chronischen Krankheiten zu leiden (in Stuttgart: 28 %), 42 Prozent bei den Frauen (in Stuttgart: 29 %) und bei den Männern 35 Prozent (in Stuttgart: 27 %).

19

Dauerhafte Einschränkungen in den alltäglichen Tätigkeiten durch Krankheiten

Schwerbehindertengesetz regelt Nachteilsausgleiche

Krankheiten führen häufig zu Funktionsbeeinträchtigungen und beeinträchtigen die alltäglichen Verrichtungen. Bei akuten Krankheiten liegt dieser Sachverhalt auf der Hand. Aber auch chronische Krankheiten können die alltäglichen Verrichtungen dauerhaft beeinträchtigen. Die Anerkennung als Schwerbehinderter nach dem Schwerbehindertengesetz regelt Nachteilsausgleiche, die sich auf verschiedene Lebensbereiche beziehen, schwerpunktmäßig im Berufsleben. Für nicht berufstätige Behinderte ist die Anerkennung als Schwerbehinderter nicht so bedeutend, sie wird von diesen Personengruppen deshalb nicht in jedem Fall beantragt. Auch vermeiden manche Menschen mit Behinderung eine Beantragung, da sie eine Diskriminierung befürchten. Dies trifft beispielsweise auf chronisch psychisch kranke Menschen zu, aber auch auf Personen, die Nachteile auf dem Arbeitsmarkt zum Beispiel bei der Arbeitssuche befürchten. Insofern liefert eine anonyme repräsentative Befragung bessere Anhaltspunkte über die tatsächliche Größenordnung des Problems als die Schwerbehindertenstatistik.

Probleme der Schwerbehindertenstatistik

Wir wollten wissen, inwieweit der Gesundheitszustand die alltäglichen Verrichtungen dauerhaft beeinträchtigt. Die Frage lautete: „In welchem Ausmaß sind Sie durch Krankheit in der Ausübung Ihrer alltäglichen Tätigkeiten, mindestens seit einem halben Jahr, dauerhaft eingeschränkt?“ Als Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben: „Erheblich eingeschränkt“, „Eingeschränkt, aber nicht erheblich“ sowie „Nicht eingeschränkt“.

Frauen sind krankheitsbedingt etwas häufiger eingeschränkt

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der durch Krankheit Eingeschränkten

3725 Personen beantworteten die Frage zu krankheitsbedingten Einschränkungen bei alltäglichen Tätigkeiten. Insgesamt 6 Prozent der Befragten gaben an, durch Krankheit dauerhaft erheblich eingeschränkt zu sein, 19 Prozent eingeschränkt, aber nicht erheblich, 74 Prozent waren nicht eingeschränkt. Frauen sind etwas häufiger betroffen als Männer.

Mit dem Alter nimmt der Anteil der Personen stark zu, die durch Krankheit in ihren alltäglichen Tätigkeiten eingeschränkt sind. Der Anteil der durch Krankheit stark Eingeschränkten steigt bei beiden Geschlechtern von einem Prozent in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen auf 13 Prozent in der Altersgruppe der über 65-Jährigen. Bei den nicht erheblich Eingeschränkten steigt der Anteil von 10 Prozent bei den Frauen und 6 Prozent bei den Männern in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre auf 40 Prozent der Frauen und 36 Prozent bei den Männern in der Altersgruppe der über 65-Jährigen. Bemerkenswert erscheint, dass die Entwicklung bei Frauen und Männern in den Altersgruppen gleichmäßig verläuft. Nur in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre sind Frauen häufiger von Einschränkungen betroffen als Männer. Die einzelnen Werte sind in Tabelle 5 dargestellt, die aufsummierten Daten nach Geschlecht und Altersgruppen in Abbildung 5.

Tabelle 5: Anteil der Stuttgarter mit Einschränkungen in den alltäglichen Tätigkeiten durch Krankheiten nach Alter und Geschlecht

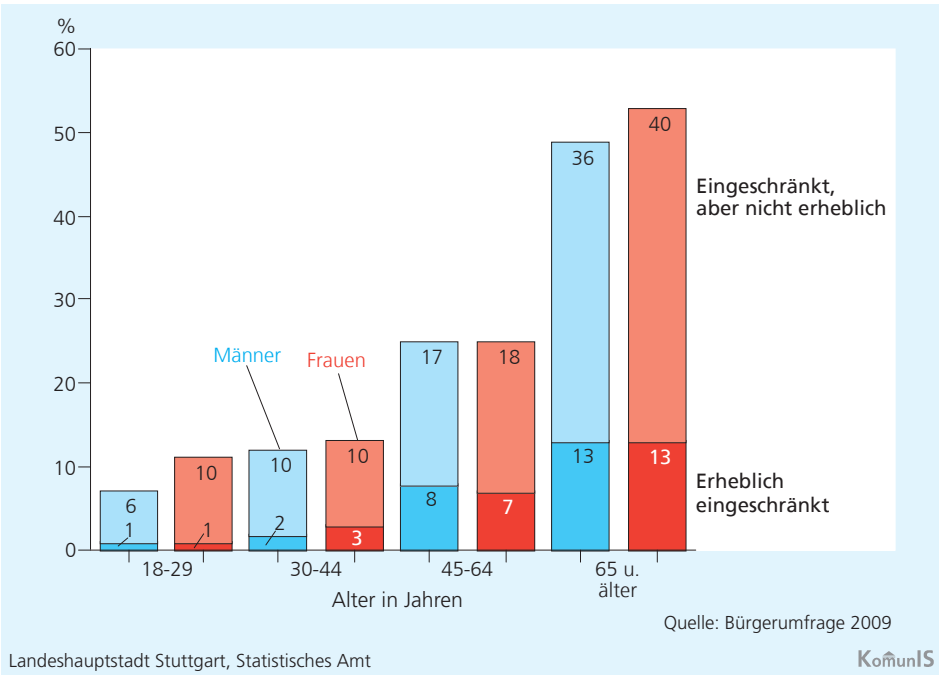
Einschränkungen in den alltäglichen Tätigkeiten durch Krankheiten	Frauen					Männer				
	Altersgruppe				insgesamt	Altersgruppe				insgesamt
	18 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 64 Jahre	65 Jahre und älter		18 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 64 Jahre	65 Jahre und älter	
	%									
Erheblich eingeschränkt	1	3	7	13	7	1	2	8	13	6
Eingeschränkt, aber nicht erheblich	10	10	18	40	20	6	10	17	36	18
Nicht eingeschränkt	89	87	75	47	73	93	88	75	51	76
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Rundungsdifferenzen sind möglich										

Quelle: Bürgerumfrage 2009

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

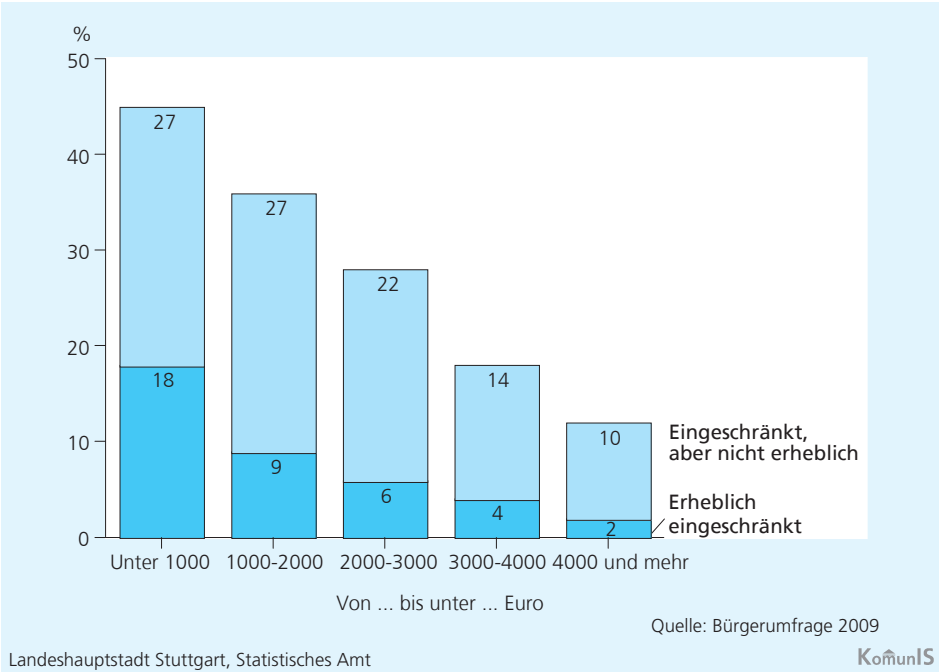
KoMuNIS

Abbildung 5: Anteil der durch Krankheit in ihren alltäglichen Tätigkeiten eingeschränkten Männer und Frauen nach Altersgruppen



Auch bei den in den täglichen Tätigkeiten durch Krankheit Eingeschränkten ergeben sich große Unterschiede hinsichtlich des sozioökonomischen Hintergrunds der Betroffenen, wie die Auswertung nach dem Haushaltsnettoeinkommen zeigt (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Anteil der durch Krankheit in ihren alltäglichen Tätigkeiten eingeschränkten Stuttgartern nach Haushaltsnettoeinkommen



Vergleich zum Gesundheitssurvey 2003

Im Vergleich mit bundesweiten Daten aus dem Telefonischen Gesundheitssurvey 2003 zeigt sich, dass die Teilnehmer der Bürgerumfrage 2009 in Stuttgart seltener durch Krankheit in ihren täglichen Verrichtungen beeinträchtigt sind (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Anteil der durch Krankheit in ihren alltäglichen Tätigkeiten Eingeschränkten im Telefonischen Gesundheitssurvey 2003 und in der Bürgerumfrage 2009

Einschränkungen in den alltäglichen Tätigkeiten durch Krankheiten	Telefonischer Gesundheitssurvey 2003	Bürgerumfrage Stuttgart 2009	Differenz
	%	%	%-Pkte
Frauen			
Erheblich eingeschränkt	10	7	3
Eingeschränkt, aber nicht erheblich	26	20	6
Insgesamt	36	27	9
Männer			
Erheblich eingeschränkt	9	6	3
Eingeschränkt, aber nicht erheblich	23	18	5
Insgesamt	32	24	8
Insgesamt			
Erheblich eingeschränkt	9	6	3
Eingeschränkt, aber nicht erheblich	25	19	6
Insgesamt	34	26	8

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt
KommunIS

Zusammenfassung der Ergebnisse

Subjektiver Gesundheitszustand

Messung des subjektiven Gesundheitszustands

- Der subjektive Gesundheitszustand misst Gesundheit nicht anhand medizinischer Diagnosen, sondern anhand der Selbsteinschätzung der Befragten. Er gibt zwar „nur“ das subjektive Befinden an, das jedoch von hoher Bedeutung für die Lebensgestaltung des Einzelnen ist und nach internationalen Untersuchungen einen gewissen prognostischen Wert für die Sterblichkeit hat.

Gesundheitszustand von drei Viertel der Stuttgarter „sehr gut“ oder „gut“

- Etwa drei Viertel der Erwachsenen in Stuttgart gibt an, über einen sehr guten oder guten Gesundheitszustand zu verfügen, Männer etwas häufiger als Frauen. Nur 5 Prozent aller Befragten schätzt den Gesundheitszustand als „schlecht“ oder als „sehr schlecht“ ein.

Mit zunehmendem Alter sinkt der Gesundheitszustand

- Mit Zunahme des Alters sinkt der Anteil der Befragten, die über einen sehr guten oder guten Gesundheitszustand berichten von über 90 Prozent bei der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen auf etwas über 50 Prozent bei den über 65-Jährigen.

Mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen steigt der Gesundheitszustand

- Mit Zunahme des Haushaltseinkommens steigt der Anteil der Befragten, die über einen sehr guten oder guten Gesundheitszustand berichten, von etwa 60 Prozent bei den Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 1000 Euro auf fast 90 Prozent bei den Befragten mit einem Haushaltseinkommen mit 4000 Euro und höher. Eine entsprechende Entwicklung zeigt sich auch anhand des Bildungsstandes.

22

Gesundheitszustand der Stuttgarter etwas besser als bei bundesweiter Befragung

- Im Vergleich mit einer bundesweit repräsentativen Befragung aus dem Jahr 2003 berichten die Stuttgarter häufiger über einen sehr guten oder guten Gesundheitszustand. Günstigere Werte für die Stuttgarter ergeben sich für beide Geschlechter und in allen Altersgruppen.

Chronische Krankheiten

30 % der Stuttgarter hat eine oder mehrere chronische Krankheiten

- Knapp 30 Prozent der Stuttgarter Erwachsenen gibt eine oder mehrere chronische Krankheiten an, Frauen etwas häufiger als Männer.

Chronische Krankheiten nehmen mit dem Alter zu

- Der Anteil steigt von 11 Prozent bei Männern und 17 Prozent bei Frauen bei den 18- bis 29-Jährigen auf etwa 45 Prozent bei beiden Geschlechtern in der Altersgruppe der über 65-Jährigen.

Zusammenhänge zwischen chronischen Erkrankungen und Einkommen sowie Bildungsstand

- Auch bei chronischen Erkrankungen konnte ein Zusammenhang mit dem Einkommen und dem Bildungsstand festgestellt werden: je niedriger Einkommen und Bildungsstand, umso höher der Anteil an chronischen Erkrankungen.

Stuttgarter im Vergleich zum Gesundheitssurvey 2003 weniger chronisch krank

- Im Vergleich mit den Daten des Telefonischen Gesundheitssurveys 2003 des Robert Koch-Instituts ist der Anteil der Erwachsenen mit chronischen Erkrankungen in Stuttgart deutlich geringer.

Dauerhafte Einschränkungen in den alltäglichen Tätigkeiten durch Krankheiten

25 % der Stuttgarter durch Krankheiten in ihrer alltäglichen Tätigkeit dauerhaft eingeschränkt

- Etwa 25 Prozent der erwachsenen Stuttgarter fühlen sich in ihren alltäglichen Tätigkeiten dauerhaft durch Krankheit eingeschränkt, zirka sechs Prozent erheblich. Männer und Frauen sind in ähnlichem Umfang betroffen.

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Eingeschränkten

- In der jüngsten Altersgruppe 18- bis 29 Jahre ist etwa jeder Zehnte betroffen, in der Gruppe 30 bis 44 Jahre jeder Achte, in der Gruppe 45 bis 64 jeder Vierte und in der Gruppe der über 65-Jährigen jeder Zweite.

Zusammenhang zwischen Einkommen und dauerhafter Einschränkung

Einschränkung der Stuttgarter bei alltäglichen Tätigkeiten durch Krankheit im Vergleich zum Gesundheitssurvey 2003 niedriger

Besondere Gesundheitsförderung und Prävention für Bevölkerungsgruppen mit geringer Bildung oder geringem Einkommen

Bildungspolitische Maßnahmen könnten langfristig die Gesundheit verbessern

- In der niedrigsten Einkommensgruppe liegt die Quote der Personen, die dauerhafte Einschränkungen in ihren täglichen Verrichtungen angeben, bei etwa 40 Prozent, in der höchsten Einkommensgruppe etwas mehr als 10 Prozent.
- Im Vergleich zu den bundesweiten Daten aus dem Telefonischen Gesundheitssurvey 2003 ist der Prozentsatz der Personen mit subjektiv empfundenen dauerhaften Einschränkungen in ihren täglichen Verrichtungen in Stuttgart bei beiden Geschlechtern deutlich niedriger, sowohl was die erheblich Eingeschränkten als auch was die nicht erheblich Eingeschränkten angeht.

Fazit

Gesundheitsförderung und Prävention bei Erwachsenen sollte auf besonders gefährdete Personengruppen ausgerichtet werden. Die vorliegende Analyse anhand der Gesundheitsfragen in der Bürgerumfrage weist darauf hin, dass es sich dabei vor allem um Bevölkerungsgruppen handelt, die über eine geringe Bildung oder ein geringes Einkommen verfügen. Es liegt nahe, dass diese Personen – soweit sie im erwerbsfähigen Alter sind – häufig arbeitslos sind oder sich in befristeten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen befinden. Mittel- bis langfristig könnten bildungspolitische Maßnahmen sowie Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des Einkommens im Niedrigeinkommensbereich führen, gesundheitsfördernd wirken. Kurzfristig wären die Anstrengungen der Gesundheitsförderung und Prävention auf Personenkreise mit geringer Bildung und niedrigen Einkommen, zum Beispiel bei Arbeitslosen zu konzentrieren. Ein Ansatz könnte auch sein, Angebote in Stadtteilen zu machen, in denen ein besonders hoher Prozentsatz an armen Menschen lebt, zum Beispiel in den Stadtteilen, die als Projektgebiete von Sozialen Stadt-Projekten ausgewiesen sind. Durch den Ansatz der Sozialraumorientierung ist es möglich, betroffene Personen in ihrem Lebensumfeld zu erreichen. Dies vermeidet einerseits Stigmatisierung und eröffnet andererseits die Möglichkeit, durch Einbeziehung des Umfeldes die Wirksamkeit von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention zu erhöhen (so genannter Setting-Ansatz).

Autor:
Jodok Erb
Telefon: (0711) 216-3046
E-Mail: jodok.erb@stuttgart.de

- 1 Jodok Erb ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Stuttgart im Bereich Gesundheitsberichterstattung, Gesundheits- und Sozialplanung für Selbsthilfe.
- 2 „Lebenserwartung der Stuttgarter steigt weiter an“, Pressemitteilung der Landeshauptstadt Stuttgart vom 06.07.2009, <http://www.stuttgart.de>.
- 3 Robert-Koch-Institut 2006, S. 17.
- 4 European Commission: The Components of the European Health Survey System, http://ec.europa.eu/health/ph_information/dissemination/reporting/ehss_01_en.htm (13.08.09).
- 5 Richter-Kuhlmann E., 2005: Krankheit und Armut: Bis zu sieben verlorene Jahre, in: Dtsch. Ärztebl. (102) A-1340.
- 6 Landeshauptstadt Stuttgart, Gesundheitsamt: Jugendgesundheitsstudie Stuttgart 2005 – JUGS: Ergebnisse und Handlungsempfehlungen <http://www.stuttgart.de> sowie: Gesundheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund <http://www.stuttgart.de>.
- 7 Robert-Koch-Institut 2006, S. 18.
- 8 Robert Koch-Institut: Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003: <http://www.gbe-bund.de> (05.11.2009).

Für die Unterstützung bei der Datenauswertung bedanke ich mich bei Ninette Kohler, die im Rahmen ihres Bachelor-Studiums der Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart vom 7. September bis 16. Oktober 2009 als Praktikantin im Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart beschäftigt war.

Literaturverzeichnis

Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Soziales, Jugend und Gesundheit, Gesundheitsamt (Hrsg.), 2000: HIV-Infektion und AIDS-Erkrankung in Stuttgart (Redaktion: Jodok Erb), Stuttgart

Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Soziales, Jugend und Gesundheit, Gesundheitsamt (Hrsg.), 2001: Gesundheitsbericht Stuttgart 2000 (Bearbeitung: Jodok Erb, Karl-Heinz Schick), Stuttgart

Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Soziales, Jugend und Gesundheit, Gesundheitsamt (Hrsg.), 2004: Tuberkulose in Stuttgart (Bearbeitung: Jodok Erb, Martin Priwitzer, Claus Unger, Christine Winzer), Stuttgart

Robert-Koch-Institut (Hrsg.), 2005 a: Gesundheit von Frauen und Männern im mittleren Lebensalter (Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Bearbeitung: Julia Lademann, Petra Kolip), Berlin

Robert-Koch-Institut (Hrsg.), 2005 b: Erster telefonischer Gesundheitssurvey des Robert Koch-Instituts – Methodische Beiträge (Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Bearbeitung: Martin Kohler, Angelika Rieck, Susan Borch, Thomas Ziese), Berlin

Robert-Koch-Institut in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt (Hrsg.), 2006: Gesundheit in Deutschland, (Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Bearbeitung: Cornelia Lange, Thomas Ziese), Berlin

Robert-Koch-Institut, Statistisches Bundesamt, Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), 2009: Gesundheit und Krankheit im Alter (Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes; Bearbeitung: Karin Böhm, Clemens Tesch-Römer, Thomas Ziese), Berlin

Stuttgart in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 2008/2009



Rund

50 000 aktuelle Zahlen

zum
wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Leben in Stuttgart

mit Großstadt- und Regionalvergleich

59. Jahrgang 2008/2009

ISSN 1431-0988

380 Seiten, 119 Grafiken,
310 Tabellen,
2 Übersichtskarten

13 € (zuzüglich Versandkosten)

**Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt**

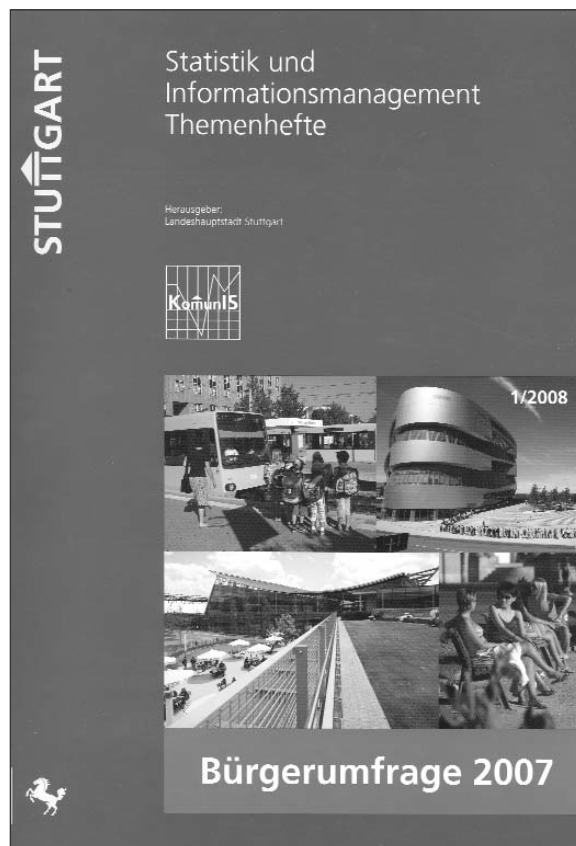
Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
kommunis@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de

Ihre Meinung ist gefragt!



Die Ergebnisse der Bürgerumfrage 2007 in der Gesamtschau

mit Beiträgen von:

Anke Schöb
**Die Stuttgarter Bürgerumfrage 2007 im
Überblick**

Jochen Gieck
Kunst- und Kulturstadt Stuttgart

Inge Heilweck-Backes
Wohnwünsche der Stuttgarter Bevölkerung

Robert Gunderlach
**Familien- und kinderfreundliche Stadt
Werden Wünsche und Probleme von Familien
beachtet und das Leben mit Kindern vor Ort
einfacher gemacht?**

Anke Schöb
**Integration ausländischer Mitbürger aus Sicht
der Bürger**

2008, 404 Seiten, zahlreiche Tabellen,
Grafiken

11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

**Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
komunis@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de

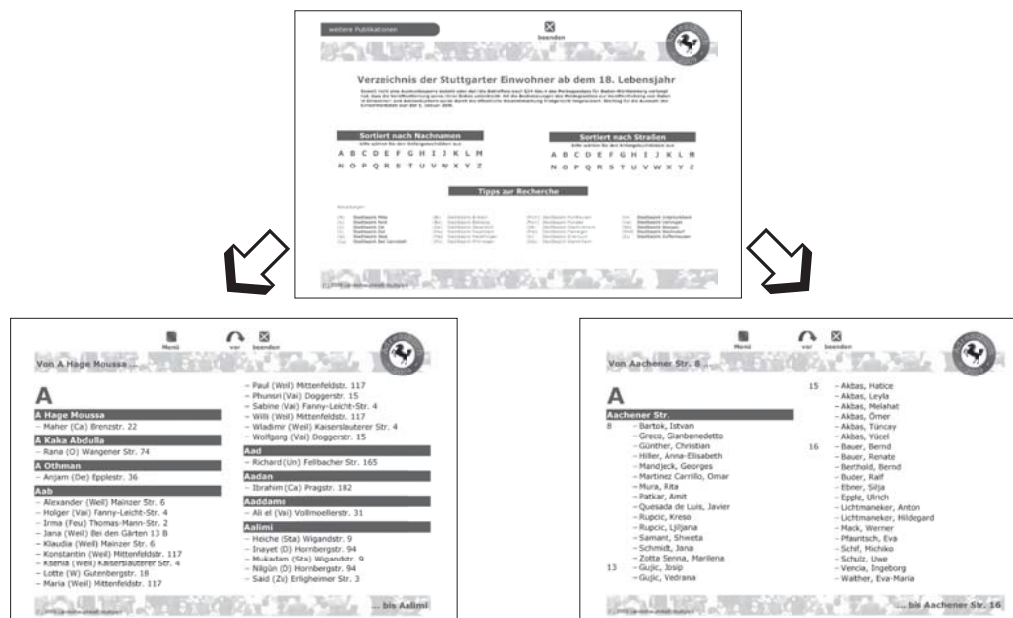
Adressbuch 2009



Das **Adressbuch 2009** beinhaltet Vornamen sowie Familiennamen, Dokortitel und die Anschriften der volljährigen Einwohner, soweit keine Auskunftssperre vorliegt.

- 492 255 Personen
- sortiert nach Namen bzw. Straßen

25,- € (zuzüglich Versandkosten)

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
komunis@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de

Veröffentlichungen zu den Themen:

Bürgerumfrage 2007,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 1/2008

Werner Münzenmaier:

Die Stadt Stuttgart im Reigen deutscher Automobilstädte und -regionen,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2009, S. 296-297

Wirtschaftskraft und Einkommenssituation in fünf deutschen Großstädten und ihren Regionen,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 2/2009, S. 41-62

Ulrich Stein:

Kleinräumige Einkommensverteilung in Stuttgart

Eine Auswertung der Einkommensteuerstatistik,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 4/2009, S. 111-119

Matthias Strauß:

Das Wetter 2008 – sehr durchschnittlich,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 1/2009, S. 3